**Postulat SVP-Fraktion:
«Mehr Transparenz in der Ausländerkriminalität**

Seit Jahren kämpft der Kanton St.Gallen mit einer hohen Ausländerkriminalität. Der Ausländeranteil der ermittelten Täter und Täterinnen bei der Gesamtkriminalität lag gemäss Kriminalstatistik der Kantonspolizei im Jahr 2005 bei 49 Prozent. Würden eingebürgerte Straftäter statistisch dazu gezählt, so wäre die Zahl noch viel höher. Die in der letzten Kriminalstatistik publizierte Liste der ermittelten Ausländertäter und Ausländertäterinnen bei den Gesetzesverstössen nach StGB führt die Täter lediglich nach Prozentanteilen und Nationalitäten wie beispielsweise Serbien/Montenegro 18 Prozent, der Türkei 7,4 Prozent, Mazedonien 6,3 Prozent, Nigeria 2,1 Prozent oder Algerien 2 Prozent an, also lediglich die Zusammensetzung und Herkunft der hohen Zahl an ausländischen Straftätern und verweigert jegliche Auskunft über deren Aufenthaltsgründe und begangenen Deliktsarten. Finden diese Informationen, an deren Publikation ein berechtigtes überwiegendes öffentliches Interesse besteht, keine Berücksichtigung in der Kriminalstatistik, so mangelt es ihr an Realitätsbezug, Transparenz und an Aussagekraft. Die Zürcher Kriminalstatistik (KRISTA) vergleichsweise besitzt diesbezüglich Aussagekraft und weist nicht nur die erfassten StGB-Straftaten nach Schweizern und Ausländern unterschieden, sondern auch die durch beide Gruppen begangenen Arten der Straftaten nach StGB und Delikten insgesamt sowie ebenfalls den «Aufenthaltsgrund der ausländischen Tatverdächtigen» wie Jahres- und Saisonaufenthalt, Niederlassung, Kurzaufenthalt, vorläufige Aufnahme, Grenzgänger, Asylanten, Tourist und ungesetzlicher Aufenthalt oder auch Tatverdächtige nach Wohnsitz zur Tatzeit in Tabellen aus. In der St.Galler Kriminalstatistik hingegen lässt sich hierzu gerade mal im Jahr 2004 die lapidare Aussage finden, «dass der überwiegende Teil der Ausländer zur Zeit der Tat Wohnsitz in der Schweiz hatte». Darüber hinaus wirkt sich die statistische Nichtunterscheidung zwischen Schweizer Tätern und eingebürgerten ausländischen Tätern ebenfalls in stossender Weise verschleiern auf die Fakten aus, lässt Raum für Spekulationen und verhindert eine genaue Analyse als Basis für Lösungen des Problems. Das ungenügende Zahlenmaterial dient letzten Endes all jenen, die ein konsequentes Vorgehen gegen die Ausländerkriminalität und die Jugendgewalt verhindern wollen und eine Schönwetterpolitik vorziehen.

Die Regierung wird deshalb beauftragt, mit einem Bericht aufzuzeigen, wie Täter statistisch nicht nur nach Schweizer und Ausländer sowie Nationalität unterschieden, sondern auch nach Art der Straftaten und Delikte, Aufenthaltsgrund, Wohnsitz zur Tatzeit sowie Datum einer allfällig erfolgten Einbürgerung erfasst und in der kantonalen Kriminalstatistik ausgewiesen werden können.»

3. April 2006

SVP-Fraktion